

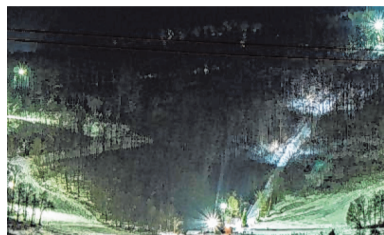
# SCHWÄBISCHE POST

Donnerstag, 14. Januar 2021  
73. Jahrgang / Nummer 010

AALENER ZEITUNG · ELLWANGER ZEITUNG · ZEITUNG FÜR DEN OSTALBKREIS

www.schwaebische-post.de  
Einzelpreis 2,20 €

## Heute im Lokalen



### Ostalb-Skilift läuft

Wer will, kann den Lift für sich mieten. Wie das funktioniert und welche Regeln gelten.  
**Aalen Seite 9**

### Lehrertische kommen

Der Gemeinderat hat entschieden: 1,9 Millionen Euro werden für digitale Lehrerarbeitstische ausgegeben.  
**Aalen Seite 9**

### Sanitäter angegriffen

Für ein Delikt aus 2019 erhält eine 20-Jährige Haftverlängerung, bekommt aber auch eine Perspektive.  
**Ellwangen Seite 16**

### Neue Regelung verwirrt

Ohne aktuellen Corona-Schnelltest bekommen Angehörige keinen Zutritt mehr in Alten- und Pflegeheime.  
**Ostalb Seite 22**

### „Spaß am Springen“

Nach fast zweijähriger Zwangspause ist bei Skispringerin Carina Vogt der Ehrgeiz zurück. Ein Interview.  
**Sport Seite 25**



[www.schwaepo.de](http://www.schwaepo.de)

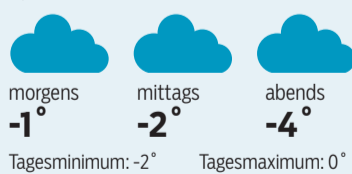
**Ständig** neue Nachrichten und Bilder auf [www.schwaepo.de](http://www.schwaepo.de)

**Lokale** Nachrichten blitzschnell: Folgen Sie der Schwäbischen Post auf [www.facebook.com/schwaepo](https://www.facebook.com/schwaepo)

**Newsletter** Abonnieren Sie unsere kompakte, tagesaktuelle Zusammenfassung aus der Redaktion unter [www.schwaepo.de/newsletter](http://www.schwaepo.de/newsletter)

## Wetter in Aalen

Quelle: DWD



**So erreichen Sie uns:**  
Redaktion: Telefon (0 73 61) 5 94-171  
redaktion@schwaebische-post.de

**Aboservice:** (07361) 594-250  
vertrieb@schwaebische-post.de  
**Anzeigen:** (07361) 594-200  
anzeigen@schwaebische-post.de

[www.schwaebische-post.de](http://www.schwaebische-post.de)



## Nickerchen für die Demokratie



**Nationalgardisten ruhen** sich in der Rotunda des US-Kapitols aus. Eine Woche nach dem Sturm des Kapitols sollen sie weitere Angriffe durch Trump-Anhänger verhindern. Der abgewählte US-Präsident muss sich einem zweiten Amtsenthebungsverfahren stellen. Das Repräsentantenhaus stimmte am Mittwoch mehrheitlich dafür, dass sich Trump im Senat wegen „Anstiftung zum Aufruhr“ verantworten muss. Foto: Saul Loeb/afp

### Kommentar

Hajo Zenker zur Debatte im Bundestag



## Corona und Klein-Klein

Das es immer schwieriger wird, die Corona-Maßnahmen trotz der hohen Todeszahlen und der Gefahr durch die Mutationen durchzuhalten, liegt nicht nur an der Ermüdung der Bevölkerung. Es liegt auch an der Politik, die sich zunehmend in den Wahlkampfmodus begibt. Die Bundestagsdebatte war ein beredtes Beispiel dafür. Da gab es FDP, Linke und AfD, die angeblich schon immer alles besser gewusst hatten und deshalb scharf mit der Bundesregierung ins Gericht gingen. Und da gab es die SPD, die plötzlich vieles besser weiß, obwohl sie in all der Zeit am Kabinettstisch gesessen hat.

Natürlich sind in der Corona-Bekämpfung Fehler gemacht worden. Aber auch wenn man etwa Zweifel an der Aussage von Jens Spahn haben kann, bis zum Sommer könne jeder, der das wolle, geimpft werden – irgendwann im Laufe dieses Jahres wird das sicher so sein. Das Impfen kann uns aus der Pandemie holen. Bis dahin macht es Sinn, dass man sich nicht im Klein-Klein verhält, sondern in einer gemeinsamen Kraftanstrengung durchhält. Bis sich nach dem Ende von Corona das übliche Parteienhickhack wieder voll entfalten kann.

## Spahn will mehr Tempo

**Pandemie** Impfungen sollen bald besser laufen, beteuert der Minister.

**Berlin.** Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat nach Kritik am Start der Corona-Impfungen in Deutschland schrittweise mehr Tempo zugesichert und wirbt für eine breite Impfbereitschaft. „Diese größte Impfkampagne unserer Geschichte ist eine Gemeinschaftsaufgabe“, sagte er im Bundestag. Er räumte Verbesserungsbedarf ein, verteidigte aber die europäische Beschaffung des Impfstoffs. Unterdessen versprach Verteidigungsministerin Annette Kramp-Karrenbauer (CDU) 10 000 Soldaten zur Unterstützung der Altenheime. dpa  
**Themen des Tages Seite 2**  
**Kommentar**

# Bürger befürchten Anstieg von Arbeitslosigkeit und Pleiten

**Umfrage** Mehrheit der Baden-Württemberger schätzt wirtschaftliche Perspektiven kritisch ein. Geteilte Meinung über Kretschmanns Engagement. Von Roland Muschel

Verödete Innenstädte, viele Firmenpleiten, steigende Arbeitslosenzahlen: Eine Mehrheit der Bürger im Land sieht dem neuen Jahr mit ausgeprägten Befürchtungen oder zumindest skeptisch entgegen. Das ist das Ergebnis der gemeinsamen Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, dem BaWü-Check, zur wirtschaftlichen Lage und Perspektive.

Danach schätzen zwar 57 Prozent der Baden-Württemberger die wirtschaftliche Lage des Landes positiv ein. Für die

nächsten Monate rechnet aber eine große Mehrheit mit steigenden Arbeitslosenzahlen. 56 Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass viele Unternehmen und Selbstständige im Südwesten infolge der Corona-Krise ihren Betrieb aufgeben müssen. 70 Prozent erwarten, dass die Innenstädte durch Insolvenzen von Geschäften, Restaurants und Cafés zumindest vorübergehend an Attraktivität verlieren werden. 40 Prozent befürchten sogar

eine dauerhafte Verödung der Innenstädte.

Bei der Bewertung des Einsatzes von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) für die Belange der Wirtschaft ist das Bild gespalten: 39 Prozent haben den Eindruck, Kretschmann setze sich ausreichend ein, 38 Prozent finden, er müsste mehr tun.

Nicht nur die aktuelle Krise verunsichert die Bürger, viele sehen das Land für den generellen Strukturwandel schlecht ge-

rüstet. So glauben 59 Prozent der Bevölkerung, dass die Südwest-Firmen bei der Digitalisierung hinterherhinken. Auch die Zukunft der Schlüsselindustrie des Landes, der Autobranche, sehen viele skeptisch. Nur 30 Prozent gehen davon aus, dass Daimler, Bosch und Co. auch künftig wesentlich zu einer erfolgreichen Entwicklung des Landes beitragen werden. Für den BaWü-Check hat das Institut für Demoskopie Allensbach vom 11. bis 21. Dezember 2020 im Land 1003 Personen befragt.  
**Südwestumschau**



## Strobl will FFP2-Pflicht im Südwesten

**Coronavirus** Baden-Württembergs Innenminister sieht Vorteile durch bessere Masken.

**Stuttgart.** Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl hat sich für eine verschärfte Maskenpflicht auch im Südwesten ausgesprochen. „FFP2-Masken sind schon eine stark infektionsschützende Maßnahme. Da haben wir Luft nach oben“, sagte der CDU-Politiker der Deutschen Presse-Agentur in Stuttgart. Er reagierte damit auf den Beschluss in Bayern, wonach

das Tragen von FFP2-Masken im öffentlichen Nahverkehr und im Einzelhandel von Montag an Pflicht ist.

Strobl setzt allerdings etwas andere Prioritäten: „Zunächst sollten in Pflegeheimen und medizinischen Einrichtungen nur noch FFP2-Masken getragen werden“, sagte der Innenminister. Die Pflicht sollte auch Besucher und Patienten umfassen.

Da reiche eine herkömmliche Mund-Nase-Bedeckung aus Stoff nicht mehr aus.

Zuvor hatte Ministerpräsident Winfried Kretschmann gesagt, eine Pflicht zum Tragen von FFP2-Masken im Nahverkehr und beim Einkaufen wie in Bayern stehe im Südwesten derzeit nicht zur Debatte.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) kündigte

gestern an, dass der Freistaat 2,5 Millionen FFP2-Schutzmasken für Bedürftige kostenlos zur Verfügung stellen werde.

Damit will die Staatsregierung Härten abfedern, wenn von Montag an für Menschen ab 15 Jahren eine FFP2-Maskenpflicht im gesamten öffentlichen Nahverkehr und beim Einkaufen gilt. dpa

## Schwimmen oder untergehen

**Seekühe haben schon** immer die Fantasie der Menschen angeregt. Viele sahen in den doch eher plumpen Meeressäugern Fischgötter, Sirenen oder Nixen. Auch versuchte sich der Homo sapiens recht erfolgreich an der Ausrottung der schwimmenden Verwandten des Elefanten. Aber noch nie kam jemand auf die Idee, die überlebenden friedlichen Pflanzenfresser als Werbe- und politische Botschaften zu missbrauchen.

In Florida wurde genau dieser Frevel begangen. „Trump“. Ein einziges Wort, ein Name,

der als Drohung verstanden werden kann, wurde einer Seekühe tierquälerisch eingeritzt. Nun ermitteln die US-Tierschutzbehörden. Und hoffentlich auch das FBI. Denn spätestens, nachdem marodierende Zweibeiner mit Büffelhörnern auf dem Kopf das Kapitol entweihten, wissen wir, wozu die Anhängerschaft der noch amtierenden Orange in der Lage und bereit ist. Was kommt wohl als nächstes? Eisbären mit Trump-Frisuren? Auf Demokratenjagd

aberichtete Haie und Wölfe? Oder geht es nur darum, Zeichen zu setzen, die die Präsidentschaft des Golfspielers überdauern? Aber ist eine Seekühe die richtige Projektionsfläche? Wäre es nicht besser, den größten Organismus der Welt (nach Trump), also den 9 Quadratmeter großen Hallimasch für die Trump-Werbung einzusetzen? Der Pilz tummelt sich vor allem unterirdisch. Und das passt nun wirklich zum künftigen Ex-Präsidenten. André Bochow



## Kreml-Kritiker Nawalny fliegt nach Russland

**Moskau.** Der nach einem Giftanschlag in Deutschland behandelte russische Oppositionelle Alexej Nawalny will am Sonntag nach Russland zurückkehren. Er habe für den 17. Januar ein Ticket für einen Flug nach Russland gebucht, erklärte Nawalny auf Instagram. Auf den Kreml-Kritiker war im August in Sibirien mit einem Nervengift aus der Nowitschok-Gruppe ein Anschlag verübt worden. Danach wurde er in der Berliner Charité behandelt. afp

## Estland Regierungschef Ratas geht

**Tallinn.** Estlands Ministerpräsident Jüri Ratas hat nach Korruptionsvorwürfen gegen seine Partei seinen Rücktritt angekündigt. Die Justizbehörden des Landes hatten zuvor Ermittlungen eingeleitet. Hintergrund ist ein Darlehen in Höhe von knapp 40 Millionen Euro für ein Immobilienprojekt in Tallinn. Der Entscheidung sollen unerlaubte Absprachen vorausgegangen sein. Unter den Verdächtigen ist der Generalsekretär von Ratas' Zentrumsparterie. dpa

FOTO: © ACHIMDIVER/SHUTTERSTOCK.COM